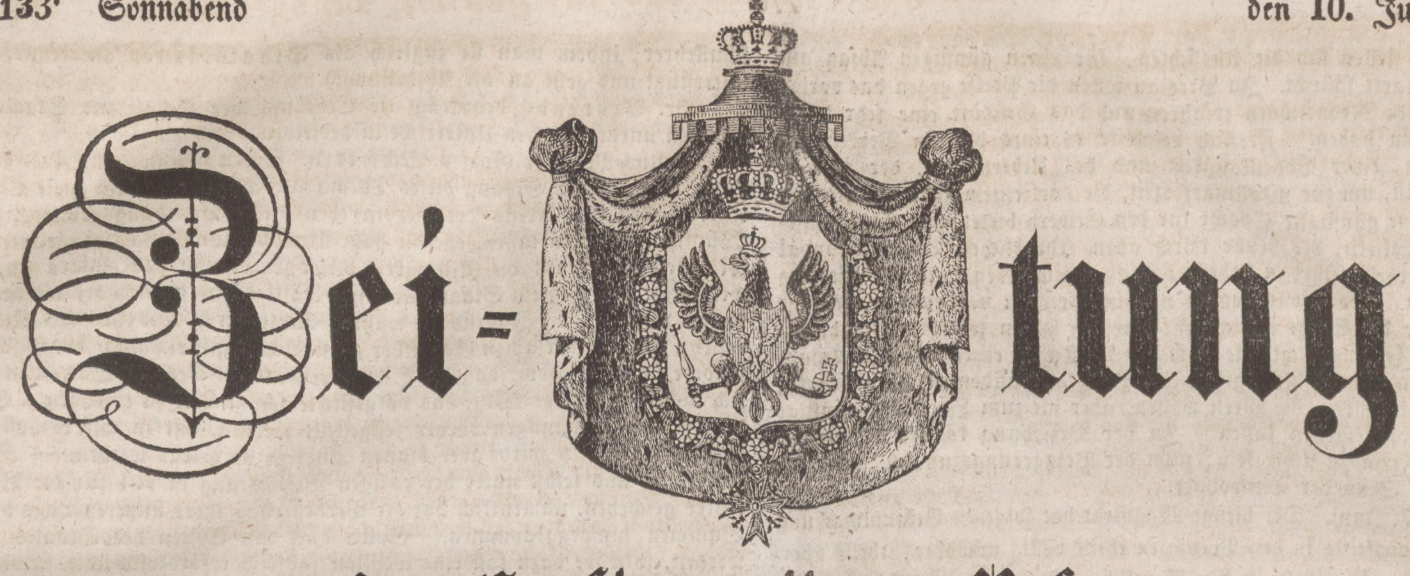
№ 133. Sonnabend den 10. Juni 1848.



Zeitung des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Es gehen mir bis heutigen Tages so zahlreiche Reklamationen gegen die Reorganisation im polnisch-nationalen Sinne, sowohl von Gemeinden als auch einzelnen Grundbesitzern zu, daß es unmöglich wird, jeden Petenten in der kürzesten Frist zu bescheiden. Ich fühle mich deshalb veranlaßt, bekannt zu machen:

„daß die unterm 4. d. M. von mir gezogene Demarkationslinie eine meiner Seits definitiv bestimmte ist, es aber trotzdem den Interessenten unbenommen bleibt, sich mit ihren Gesuchen an das Königl. Staats-Ministerium zu wenden, von dem allein eine Aenderung noch abhängt. Sollte Einer oder der Andere zu diesem Behufe eine an mich gerichtete Eingabe zurückverlangen, so bin ich gerne bereit, dem dieserhalb auszusprechenden Wunsche ungesäumt zu genügen."

Posen, den 9. Juni 1848.

Der Königl. Kommissarius, General der Infanterie v. Pfuel.

Posen, den 6. Juni. Wenn, was täglich zweifelhafter wird, der Kaiser von Oesterreich auf die Würde des Deutschen Reichsoberhaupts Anspruch macht, so werden die Vertreter des Deutschen Volks in Frankfurt, und außer ihnen alle Geschichtskundige zu der Frage gedrängt: hat das Haus Habsburg in den sechs Jahrhunderten seiner Theilnahme an der Deutschen Reichsgeschichte und an den allgemeinen Weltereignissen sich Anspruch auf den Dank und die Liebe der Deutschen Volksstämme erworben? Auf diese Frage müssen Katholiken wie Protestanten, wenn sie der Wahrheit die Ehre geben wollen, mit einem entschiedenen Nein antworten: alle Habsburger von Rudolph I., dem an Deutschem Sinn und Geist nur sehr wenige seiner Nachfolger zu vergleichen sind, bis zu Franz II., dem letzten Kaiser des heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, haben die Habsburger fast ausschließlich dynastische, den Interessen Deutschlands theils fremde, theils schlechthin entgegengesetzte Bestrebungen verfolgt, mit einer Consequenz, die wir bewundern müßten, wenn sie jemals auf großartige sittliche oder politische Beweggründe sich gestützt hätte, mit einem Glücke, welches vor Jahrhunderten schon in Deutschen Landen sprüchwörtlich geworden, mit einer Zähigkeit, die an den sorglichen Spießbürger erinnert, der unbekümmert um die Bewegungen der Weltgeschichte, nur auf den Wohlstand seines Hauses, auf die vortheilhaftesten Partieen für seine Söhne und Töchter bedacht, durch kluge Fügsamkeit im Mißgeschick, durch pfiffige Benutzung aller Glücksumstände sein Gut mit redlichen und unredlichen Mitteln zu vermehren sucht, ohne auf den Tadel der Edlen zu achten, oder durch die Entrüstung großer Seelen über sein kleinbürgerliches Treiben sich irre machen zu lassen. Durch beispiellos reichen Kindersegen, durch Heirathen und Erbverträge unendlich mehr als durch kühnes Ringen und Kämpfen auf blutigem Felde, hatte das Haus Habsburg in seiner Deutschen, noch mehr in seiner Spanischen Linie eine Macht erworben, welche unter Karl V. dem übrigen Europa mit der Gefahr einer Universalmonarchie drohte, und die seitdem trotz aller, auch später ihr zugefallenen Erwerbungen, trotz einzelner nicht zu verkennender Kraftanstrengungen mehr als einmal nur durch deutsche und auswärtige Hülfe, und auch dann nur meist ohne eigenes persönliches Verdienst vor schmählichem Untergange bewahrt worden ist. Indeß die Kaiser aus dem Habsburger Hause, wenn sie überhaupt für die Staatsangelegenheiten Sinn hatten, nur an ihre Hausinteressen dachten, das Deutsche Reich aber vernachlässigten, gegen dessen Schmach und Schaden unempfindlich waren, ihre Zeit zwischen die strengsten Religionsübungen, die steifsten Hoffeste und ihre dilettantischen Beschäftigungen als Alchymisten, Astrologen, Botaniker, Siegellackbereiter theilten, erhoben die gleichzeitigen Hohenzollern durch einen seltenen Verein fruchtbarer Regententugenden das naturarme Brandenburg zu einer Macht, die unter dem großen Friedrich über halb Europa glanzvolle Siege erfocht. Das Geheimniß der Preußischen Großmacht haben Mit- und Nachwelt nicht bloß in der Geistesgröße des Königs gesucht, mit dem kein Habsburger sich messen kann, auch nicht allein in der seltenen Tüchtigkeit seines Heeres: den geheimsten und tiefsten Grund der wundergleichen Erhebung Preußens hat man mit Recht in dem ächt Deutschen Sinn und Geist erkannt, der das Preußische Volk und den großen König, ihm selber unbewußt, durchdrang, und die Preußen unter eines solchen Führers belebendem und begeisterndem Einfluß zur großartigsten Entfaltung der schönsten und edelsten Züge, die den Deutschen Volkscharakter vor allen anderen Völkern seit Anbeginn seiner Geschichte geschmückt haben, anregten. Friedrich der Große, obwohl in offener Auflehnung gegen den Deutschen Kaiserthrone, ist der Abgott des gesammten Deutschen Volkes geworden, aber nicht bloß durch seine Siege, die, weil von einem Deutschen Könige gewonnen, ganz Deutschland sich zur Ehre rechnete, sondern auch, und in weit höherem Grade durch seinen glühenden Eifer für die Wahrheit, seine begeisterte Liebe für die Freiheit des Glaubens und Denkens, den schärfsten Gegensatz gegen das Jesuiten- und Pfaffenthum, welches in Oesterreich die meistwohlgesinnten Kaiser geistig entnervte, und den edlen, tiefgemüthlichen Volksstamm ihrer Deutschen Erblande von jedem stärkenden und belebenden Lichtstrahl der freien Wissenschaft absperrte. Friedrichs Großthaten haben bald nach der Mitte des vorigen Jahrhunderts das fast erstorbene Nationalgefühl der Deutschen wieder geweckt, und dem Deutscheu Geiste die gewaltigste Anregung zu den unsterblichen Werken unseres erst damals nach Form und Inhalt zu einer National-Literatur sich gestaltenden Schriftthums gegeben. Vergebens erstrebte der edle Joseph II. nach Friedrich II. Beispiel dem schwerfälligen Staatsgetriebe raschere Bewegung zu geben, und die unendlich reicheren Naturkräfte seiner Lande von den Fesseln, die jede freie und selbstständige Entwickelung niederhielten, zu befreien: Oesterreich erlebte im Zustande allgemeiner Zerrüttung die Französische Revolution und hat die Kriege, die aus deren Schooße hervorbrachen, schließlich mit dem ihm eigenen Glück überstanden, aber die Deutsch-patriotische Richtung gegen die Französische Herrschaft hat Preußen angebahnt, Oesterreich hat sie erst in zweiter Stelle eingeschlagen; die verhältnißmäßig viel größeren Opfer hat Preußen dem Befreiungswerke gebracht, und zu den Siegen, die zu Deutschlands Ruhm erfochten worden, einen Geist mit herangetragen, in welchem allein das schmählich zerrissene und verrathene Deutsche Gesammtvolk sich wieder zu einem stolzen, starken, begeisterungsvollen Nationalbewußtsein vereinigen konnte und wirklich geeinigt hat.

(Schluß folgt.)

Inland.

△ Posen, den 9. Juni. Unser Wollmarkt beginnt unter trüben Auspicien. Wir haben schon früher einmal die Gründe auseinandergesetzt, die auf Handel und Gewerbe so lähmend wirken; dieselben Einflüsse sind jetzt in vielleicht noch vermehrtem Maße vorhanden, und treteu namentlich bei dem Wollverkehr sehr scharf hervor. Den Sachkundigen wird es nicht fremd sein, wie eine Uebertheuerung dieses Produkts in den letzten Jahren mehr und mehr stattgefunden hat, wie durch eine übergroße Konkurrenz von Käufern auf den Märkten die Preise immer in die Höhe gegangen sind, ohne daß mehr Absatzwege sich geöffnet und namentlich bei der Verarbeitung sich eine größere Verwerthung herausgestellt hätte. Im Gegentheil zeigt sich gerade hier das ganze Mißverhältniß zwischen dem künstlich in die Höhe getriebenen Einkaufspreis auf den Märkten und dem Preis, der für das verarbeitete Material zu erlösen war. Es ist bekannt, daß dies eine bedeutende Stockung des Fabrikbetriebes und nächstdem häufig eine Insolvenz größerer Wollhändler zur Folge hatte, indeß konnte die Abnormität des Verhältnisses erst recht im letzten Jahre zum Vorschein kommen, wo in Folge des Nothstandes im verflossenen und den jetzigen Zeitläuften eine sehr bedeutende Einschränkung im Verbrauch von Tuchen und Wollstoffen eingetreten, und eine fast beispiellose Lähmung der Fabrikation gefolgt ist. So ungünstige Vorläufer hatte die diesjährige Marktperiode; hinzugetreten sind die im Auslande übertriebenen Gerüchte über den Sicherheitszustand im Staate, namentlich in unserer Stadt. Unsere Provinz, die mehr auf die landwirthschaftliche Produktion und deren Vertrieb angewiesen, die ein massenhaft angehäuftes Proletariat glücklicherweise nicht kennt und in den letzten Jahren durch den hohen Stand der Preise aller Produkte wesentlich an Wohlstand zugenommen hat, wird die Kalamität dieses Wollmarktes doppelt schmerzlich empfinden. Freilich fällt die Schuld mit auf diejenigen zurück, die die so unglückliche Insurrection bereitet haben, ohne irgend wie die materiellen Interessen mit in Erwägung zu ziehen, ohne zu bedenken, daß eine Provinz wie Posen mehr als jede andere den empfindlichsten Schlag für ihren aufkeimenden Wohlstand auf sehr lange Zeit durch das Drama, wie es bei uns spielte, erleiden mußte. Allen

Nachrichten zufolge stellen sich die Aussichten, für einen günstigen Absatz am diesjährigen Wollmarkt schlecht. In Breslau sollen die Preise gegen das vorige Jahr sehr bedeutende Reductionen erfahren und das Geschäft eine sehr trübe Wendung genommen haben. Freilich bedurfte es eines blinden Verkennens alles Nothwendigen, einer Bodenlosigkeit und des Uebermuths, der jetzt in Breslau zu finden ist, um zur Wollmarktszeit, die dort einem sehr bedeutenden Bevölkerungstheil die günstigste Epoche für den Erwerb bietet, mit Katzenmusiken die Leute zu regaliren, die Ruhe durch allen erdenklichen Straßenskandal zu stören, und so herbeigeführt zu haben, daß an einem Abende an 200 Fremde die Stadt verließen. So etwas konnte nur in Breslau vorkommen, wo die Zügellosigkeit bisher die Spitze erreicht hat; freilich helfen jetzt die Ermahnungen der Breslauer Zeitung nicht, die noch vor 10 Tagen einen heftigen Kampf für die Katzenmusiken und Aufläufe gegen den Polizei-Präsidenten Kuh führte; jetzt predigt sie zwar Ohren, die hören wollen, aber die zum Hören die günstige Gelegenheit haben vorbeigehen lassen. In der Beziehung können die unsere Stadt besuchenden Fremden sicher sein; nicht der Belagerungszustand schützt sie, sondern der gesunde Sinn der Einwohner.

Berlin, den 7. Juni. Der hiesige Magistrat hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Es sind vielseitig in den Provinzen theils völlig unwahre, theils übertriebene Gerüchte über den Zustand der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in Berlin verbreitet worden, auf deren Grund manche Gewerbtreibende und andere Personen, dem Vernehmen nach, Bedenken tragen sollen, sich in der jetzigen Zeit nach der Hauptstadt zu begeben. Wir finden uns dadurch veranlaßt, unseren Mitbürgern in den Provinzen die beruhigende Versicherung zu geben, daß die Sicherheit der Person und des Eigenthums in der hiesigen Stadt durchaus nicht gefährdet ist. Zwar macht sich die lebendige Theilnahme unserer Bevölkerung an dem großen Entwickelungs-Prozeß, in welchem sich gegenwärtig das staatliche und gesellschaftliche Leben des Preußischen und Deutschen Volkes befindet, auch in dem öffentlichen Treiben der Stadt in Gestaltungen sichtbar, an die wir bisher nicht gewöhnt waren. Ja wir haben selbst manche Kundgebungen politischer Ansichten und Forderungen zu beklagen gehabt, die mindestens in ihrer Form in keiner Weise zu entschuldigen sind. Indessen hat der gesunde Sinn unserer Bevölkerung dergleichen Ungehörigkeiten sehr bald selbst als solche erkannt und beseitigt. Niemals aber hat das erwachte Gefühl der gleichen Berechtigung aller Menschen und aller Staatsgenossen auf Freiheit, Schutz und Ehre und die mit diesem Gefühle verbundene geistige Erhebung aller Klassen unserer Einwohnerschaft es geduldet, daß die Sicherheit der Person und des Eigenthums und die zu deren Schutz erforderliche öffentliche Ordnung irgendwie gefährdet werde. Indem wir uns gedrungen fühlen, dies der Wahrheit gemäß und zur Wahrung der Ehre der Hauptstadt zur Kenntniß unserer Mitbürger in den Provinzen zu bringen, bemerken wir noch insbesondere, daß wir alle Veranstaltungen getroffen haben, um die ordnungsmäßige Abhaltung des in diesem Monate hier stattfindenden Wollmarkts und namentlich die öffentliche Ordnung auf den Marktplätzen auf das vollkommenste sicher zu stellen. Berlin, den 6. Juni 1848. Der Magistrat."

Berlin, den 8. Juni. JJ. MM. der König und die Königin, so wie JJ. KK. HH. die Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses, begaben sich gestern, am Sterbetage des hochseligen Königs Maj., von Potsdam nach Charlottenburg, um hier, an der Ruhestätte der geliebten Todten, einige, dem Andenken derselben gewidmete Stunden zu verleben. JJ. MM. trafen um 11½ Uhr ein und eine Stunde später, in einem mit zwei Pferden bespannten offenen Wagen auch JJ. KK. HH. der Prinz und die Prinzessin von Preußen. Auf das Herzlichste von seinem Königl. Bruder, J. Maj. der Königin und den Prinzen und Prinzessinnen empfangen, begab sich der Prinz, unter lautem Jubelruf des zahlreich versammelten Publikums in das Schloß. Bald darauf besuchten JJ. MM. so wie die Prinzen und Prinzessinnen die Königsgruft und wohnten sodann in der Kapelle des K. Schlosses einem Trauergottesdienste bei. Hierauf war Dejeuner, worauf der gesammte Hof gegen 3 Uhr Nachm. wieder nach Potsdam zurückkehrte.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Neunte Sitzung, vom 2. Juni.

Beginn bald nach 11 Uhr. Verlesung des gestrigen Protokolls durch den Sekretär Abg. Duncker.

Hr. Reichensperger referirt über die Valdenaer'sche Angelegenheit. Bekanntlich wurde derselbe in Folge einer, am 1. Mai in Trier bei Gelegenheit der Urwahlen vorgefallenen, Emeute verhaftet und wegen Aufforderung der Landbewohner zum bewaffneten Zuge gegen Trier, so wie wegen Hülfleistung bei dem Barrikadenbau zur Untersuchung gezogen. Die Kammer übergab diesen Fall zur Begutachtung der Commission, welche sich, aus 8 Personen bestehend, halb für, halb gegen die Suspendirung des Rechtsverfahrens aussprach; die erstere Partei hätte namentlich geltend gemacht, daß V. nicht in flagranti ertappt worden und daß ferner sich fast die ganze Stadt beim Barrikadenbau betheiligt habe. Dürfe er seine persönliche Ueberzeugung aussprechen, so müsse er dafür sprechen, daß die Kammer von ihrer Prärogative: „Unverletzlichkeit der Person des Abgeordneten" Gebrauch mache, denn diese sei ein Grundzug aller Constitutionen. Wieweit dieser Begriff sich erstrecken möchte, muß in jener festgestellt werden, da in diesem Staate ein Deputirter nur während der Sitzung, in jenem aber selbst auf der Reise unantastbar sei.

Hr. Nees v. Esenbeck bringt, nach vorher eingeholter Genehmigung der Versammlung, den Antrag vor, daß dieselbe sich durch eine Deputation bei dem morgen (Sonntag, den 4. Mai) stattfindenden Zuge nach den Gräbern der in den Märztagen Gefallenen betheiligen möge, um so den Erstlingen unseres Freiheitskampfes die Achtung zu erweisen, die ihnen gebührt. (Bravo.) Obgleich dieser Antrag unterstützt wird, so geht der Antrag des Hrn. v. Loë, zur Tagesordnung überzugehen, doch mit großer Majorität durch.

Hr. Krackrügge beantragt die bessere Stellung und Besoldung der Volksschullehrer, indem man sie zugleich als Staatsdiener anerkenne. (Wird unterstützt und geht an die Abtheilung.)

Hr. Behrends beantragt die Erhebung der Schule zur Staats-Anstalt und den unentgeltlichen Unterricht in derselben.

Kultus-Minister Graf v. Schwerin. Schon zum zweiten Male kommt im Laufe der heutigen Sitzung dieses Thema zur Sprache. Sehr viele Elementarlehrer haben sich bereits bei mir in eben dieser Beziehung gemeldet und ihre Wünsche verlauten lassen, ehe die hohe Versammlung zusammengetreten. Das Ministerium erkennt die Richtigkeit dieser Forderung vollkommen an, denn es weiß recht gut, daß ein Staat nur dann kräftige und brauchbare Männer haben kann, wenn er die Jugend in wahrer Gottesfurcht und sittlicher Kraftübung erzieht, um die lenksamen Gemüther zu stärken gegen etwanige künftige Stürme. Andere fordern jedoch, daß die Schule centralisirt werde. Das ist aber wahrlich nicht der richtige Weg, das vorgesteckte schöne Ziel zu erreichen. Erst wenn die Gemeindeordnungen vorher festgestellt werden, dürfen wir es hoffen. Ein desfallsiges Gesetz wird aber binnen Kurzem vorgelegt werden. — Doch auch jetzt schon und selbst unter der vorigen Verwaltung ist viel für die Volksschullehrer geschehen, namentlich hat die Verbesserung ihrer äußeren Lage bedeutende Summen hinweggenommen. Sollte dies von Seiten des Staates fortgesetzt werden, so wäre dazu fast eine Million jährlich erforderlich, die schwerlich, namentlich aber jetzt nicht, herbeizuschaffen sein würde. Nichtsdestoweniger werde ich, wenn anders die Verwaltung des Unterrichts-Ministeriums alsdann noch in meinen Händen sein wird, nach Emanirung der oben erwähnten neuen Gemeindeordnung mit dem Finanzminister darob in Verbindung treten. — Endlich aber ist schon Veranstaltung getroffen, daß die Lehrer zu Kreisconferenzen unter Leitung der Schulinspektoren zusammentreten, um ihre Wünsche dort laut zu machen. Auf solche Weise nur können wir, in ruhigem Hinblick auf die kräftig heranwachsende Jugend, jeglichen Sturm erwarten, komme er von Ost, von West, von den rückwärts Gehenden oder von den zu hastig Strebenden. (Lautes Bravo.)

Hr. Pieper beantragt die Aufhebung der Gewerbefreiheit (wird einimmig verworfen) oder mindestens deren Beschränkung (wird unterstützt.)

Hr. v. Patow (Verweser des Handels-Ministeriums). Ich danke der Versammung, daß sie mir durch die vollstimmige Verwerfung des ersten Antrages eine kräftige Schutzwaffe gegen die täglich einlaufenden Gesuche ähnlicher Art in die Hand gegeben.

Der zweite Vicepräsident Waldeck nimmt einstweilen den Präsidentenstuhl ein. Hr. Baltzer beantragt, die Versammlung wolle den Beschluß der constituirenden Deutschen Versammlung vom 27. v. M., daß alle Bestimmungen einzelner Verfassungen, sobald sie mit dem allgemeinen Deutschen Verfassungswerk nicht im Einklange stehen, keine Gültigkeit erlangen, annehmen. (An die Abtheilungen.)

Der Antrag des Hrn. Grebel, daß der vormalige Schatzminister General v. Thile, vor der National-Versammlung öffentliche Rechenschaft über den Bestand und die Verwendung des Staatsschatzes gebe, wird unter lautem Beifall an die Abtheilungen gewiesen.

Hr. Richter beantragte die Errichtung eines Denkmals für die am 18. und 19. März in Berlin gefallenen Soldaten und ein aus Staatsmitteln den, an beiden Tagen invalide gewordenen Militairs zu gewährende Pension. (An die Abtheilungen.)

Hr. v. Pokrzywnicki fragt den Minister der auswärtigen Angelegenheiten; 1) ob es wahr sei, daß der Gesandte Frankreichs von ihm (dem Minister) die Zusicherung erhalten habe: das Großherzogthum Posen sei für frei erklärt worden und Preußen habe demselben eine freie Verfassung gegeben? 2) ob Preußen Denen, welche an Polens Befreiung Theil genommen, die Grenzen öffnen werde?

Minister v. Arnim: Die Anfrage beruht auf Gerüchten, und es erscheint eine Beantwortung nicht ganz geeignet.

Hr. v. Pokrzywnicki: Die Anfrage beruht auf keinem Gerüchte, sondern auf der Rede Lamartine's, wie er sie in der Französischen National-Versammlung am 20. Mai gehalten (der Redner verliest die bezügliche Stelle). Die Anfrage wird hierauf unterstützt, und der Minister v. Arnim verspricht, daß, obgleich auch hier in ungeeigneter Weise der Name des Königs in die Debatte gezogen worden (Lamartine hat das nämlich in seiner Rede gesagt), er sich die Festsetzung eines Tages vorbehalte, an welchem er sich entscheiden werde, ob er überhaupt darauf antworten könne.

Der Antrag des Hrn. Friedrich auf Unterstützung aller der jetzt verordneten, ohne Civil-Versorgungs-Anspruch ausgeschiedenen Veteranen der Feldzüge von 1813—15; der des Hrn. Hepche: die Armenpflege als gemeinsame Pflicht aller Staatsbürger anzuerkennen; der des Hrn. Arnold: nichts vor Erledigung der Addresse, der Geschäftsordnung und der Verfassung vorzunehmen und andere Gegenstände nur dann, wenn nichts jene Betreffendes vorliegt, auf die Tagesordnung zu setzen; gingen insgesammt an die Abtheilungen. Hr. Arnold hatte zwar gewünscht, seine Anträge sofort zur Debatte gebracht zu sehen, konnte aber nicht damit durchdringen. — Hiermit war die heutige Tagesordnung erschöpft. Präsident Milde (welcher den Vorsitz wieder übernahm) schlug vor, noch Anträge, deren einige 90 vorliegen, zu hören. Gr. Cieszkowski bat die Versammlung, die Betreffs der polnischen Verhältnisse eingesetzte Untersuchungs-Commission zu beschleunigen und zu fördern.

Es fand hierauf die Einordnung Derer, welche noch keiner Abtheilung angehören, durch das Loos statt.

Hr. Siebert macht, unter wachsender Unruhe und vor theilweis leeren Bänken seine an die Abtheilungen verwiesenen Anträge, auf: 1) Erhöhung der Salzpreise auf die Sätze von 1840 und Verwendung der daraus gewonnenen 2 Millionen Thaler zu Chaussee- oder anderen nützlichen Bauten; 2) sofortigen Erlaß eines Gesetzes, wonach zu den Pensionen der höheren Staats- und der Militär-Beamten ein Zuschuß aus Staatskassen ferner nicht gezahlt und die also ersparten Gelder auch zu nützlichen Bauten gegeben werden; 3) sofortigen Erlaß eines Gesetzes, daß alle Militärpersonen, welche über 1000 Thaler Jahrgehalt beziehen, die Hälfte von dem Ueberschuß zur Unterstützung der zurückgebliebenen Familien ausgehobener Landwehrmänner hergeben.

Ein Antrag des Hrn. Schramm auf Abschaffung aller geheimen Conduitenlisten findet lebhaften Anklang und soll, dem Beschlusse gemäß, Montag zuerst auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Justizminister Bornemann: So weit die Einsendung der Conduitenlisten

über Richter in Betracht kommt, so habe ich mir diese entschieden verbeten. (Großer Beifall.)

Da die Unruhe und Bewegung zunimmt, so sieht sich der Präsident genöthigt, die Sitzung bereits um 2 Uhr zu schließen. Die nächste wird auf Montag den 5. um 11 Uhr Vormittags anberaumt.

Die zehnte Sitzung, vom 5. Juni,

wurde erst gegen 11½ Uhr eröffnet. Sekretair Abg. v. Borries verliest das Protokoll der Sitznng vom 3. Juni, welches ohne Weiterungen angenommen wird. Hr. v. B. ist gegen die zeitraubende Art und Weise, mit welcher die Anträge an die Abtheilungen gesendet werden, und stellt deswegen den Antrag, alle Anträge, mit Ausnahme der Interpellationen an die Minister und derer, welche, auf besonderen Antrag des Antragsstellers, gleich diskutirt werden möchten, ohne Weiteres an die Abtheilungen zu senden. — (Wird fast einstimmig unterstützt.) — Präsident Milde will, daß alle Anträge gehörig motivirt eingereicht werden. Hr. Arntz geht noch weiter und verlangt, daß jeder Antrag schon in der Form eines Gesetzes oder des zu fassenden Beschlusses eingereicht werde. (Einige Mitglieder der äußersten Rechten und Linken unterstützen diesen Antrag.) Hr. Schulze trägt auf die Tagesordnung an. Präsident Milde bittet die, welche dem beistimmen, aufzustehen (es geschieht) und erklärt aldann, daß entschiedene Minorität vorwalte. (Lauter Widerspruch.) „Ich muß alles Ernstes ersuchen, meinen Worten zu glauben.“ — Demnach schreitet man in der Debatte weiter. Der Antrag des Herrn Arntz wird verworfen, dagegen der des Hrn. v. Borries fast einstimmig angenommen. Präsident Milde ist zweifelhaft, ob nunmehr die heutige Tagrsordnung noch in der bisherigen alten Weise abgewickelt oder ob dieselbe nach dem so eben angenommenen Modus behandelt werden sollte. Hr. Jonas (aus Berlin) stellt den Antrag, Alles, was nicht beschleunigt sei, eben in die Abtheilungen zu verweisen. — Die Majorität tritt diesem Antrage bei.

Graf Cießkowski fragt die Abtheilungs-Präsidenten, ob sie bereits die Posener Angelegenheiten berathen hätten. (Ruf: Privatsache, gehört nicht hierher!)

Hr. Steinbeck verlangt das Wort in einer dringenden Angelegenheit, betreffend die Beruhigung der aufgeregten Gemüther; die Versammlung ist jedoch nicht gewillt, ihn zu hören.

Präsident Milde bittet um Entschuldigung, daß er in der heutigen Tagesordnung die Interpellationen der Herren Hanow und Elsner, welche heute durch die Minister der Justiz und des Krieges beantwortet werden sollen, ausgelassen habe. — Hr. Bornemann (auf die Elsnersche Interpellation): Wenngleich ich nicht im Stande bin, dem Herrn Deputirten eine ganz erschöpfende Antwort zu geben, so wird er sich doch vielleicht mit meiner nachfolgenden Auseinandersetzung zufrieden erklären. — Im Hirschberger Kreise herrschte allerdings eine so große Aufregung, daß mit Recht ein Aufruhr zu befürchten war. Die Verhafteten wurden nach Glatz gebracht, weil man die Gerichtsgefängnisse nicht für sicher genug hielt. — Wegen der Vorfälle in den übrigen beiden Kreisen sei er theils noch in Unkenntniß der Sachlage, theils seien die, deren Strafmaaß 3 Jahre vermuthlich nicht übersteigen werde ꝛc. bereits entlassen, nachdem vorher eine Untersuchungs-Commission von Breslau dort erschienen. — Was nun aber die Forderung betrifft, in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern, ein Gesetz zur unbedingten Wahrung der persönlichen Freiheit dahin zu erlassen, daß Niemand ohne ausdrücklichen Befehl des Richters verhaftet werden dürfe, so ist diese nicht durchzuführen. In allen Fällen, wo eine Flucht oder ein in flagranti-Ertappen vorliegt, muß sofort eingeschritten werden. Jedenfalls aber werden dann auch die Inhaftirten sofort vor den zuständigen Richter gestellt werden. Hr. Elsner: Die meisten Verhaftungen in jenen Kreisen sind aber in so auffallender Weise geschehen, daß ich mich bei dieser Erklärung des Justizministers nicht beruhigen kann, mir vielmehr das ausdrücklich vorbehaltene Wort erbitten muß. (Die Majorität ist dafür, den Redner zu hören.) Die Aufregung im Schönauer Kreise ist so groß gewesen, daß verschiedene Gutsbesitzer zu allerlei Conzessionen gezwungen wurden. Wenngleich ein solcher Zwang nicht gesetzlich, so kam man dennoch überein, daß Alles vergeben und vergessen sein solle. Nichtsdestoweniger rücken kurze Zeit darauf circa 600 Soldaten dorthin, um allerlei Verhaftungen vorzunehmen. Dies wollten sich die Einwohner jedoch nicht gefallen lassen, vielmehr gingen die Designirten selbst nach Jauer in das Inquisitoriatsgefängniß. 6 von den Verhafteten wurden jedoch wieder freigelassen, nachdem ihnen vorher, gleich als seien sie Züchtlinge gewesen, Haare und Bart kurz geschoren worden waren. — In Hirschberg wurde Jemand, welcher die bekannte Badener Proklamation vertheilt hatte, verhaftet, obgleich diese auf Schlesien weder Bezug nimmt, noch überhaupt angewendet werden konnte. Man bewog den Commandanten der Bürgerwehr, diesen überaus sichern Mann des Arrestes wieder zu entlassen. Bald darauf rückten jedoch gegen 800 Soldaten heran, welche Verhaftungen vornahmen, nachdem sie auf alle nur erdenkliche Weise erbittert worden waren. Drei Personen wurden sofort nach Glatz abgeführt (der betreffende Landrath weigerte sich, diesen Ort den Angehörigen ꝛc. der Verhafteten zu nennen) unter der Anklage republikanischer Gesinnungen. — In einem freien Staate, wie der unsrige geworden, darf Niemand bloßer Gesinnungen halber, wenn diese nicht auf Provocirung gewaltsamer Maßregeln hinwirken, zur Rechenschaft gezogen werden. Ich ersuche den Hrn. Justizminister, des Baldigsten ein Gesetz zu erlassen, das diesem Zustande ein Ende mache. —

Hr. Hanow verlangt Antwort in Bezug auf seine Interpellation. Die Wehrmänner eines Bataillons des 12. Landwehr-Regiments haben sich bei der Einkleidung zu marschiren geweigert, bis nicht sämmtliche Verpflichtete einberufen seien. Sie selbst würden dann entscheiden, wer abkömmlich oder nicht abkömmlich sei. — Da hier nun ein Zusammenstoß der Maximen der alten und neuen Zeit sichtbar geworden, habe das Kriegsministerium die Verpflichtung, ein neues Gesetz im letzteren Sinne zu erlassen.

Ob.-Lieut. v. Griesheim, als Commissarius des Kriegsministeriums: Ein derartiges Gesetz führt unüberwindliche Schwierigkeiten mit sich. Bis zum Jahre 1830 hatte man den Grundsatz festgehalten, daß sämmtliche Pflichtige sich an dem Garnisonort ihres Stammes versammelten, um dort erst zu enscheiden, wer von ihnen abkömmlich sei oder nicht. Da nun aber viele von jenen 6—8 Meilen lange Wege auf das Ungewisse hin zurückzulegen hatten, fand das Ministerium 1831 das Auskunftsmittel, durch die Landräthe schon vorher bestimmen zu lassen, ob die häuslichen Verhältnisse jedes Einzelnen sein Mobilmachen erlaubten oder nicht. Darüber wurden förmliche Listen geführt. Doch auch diese Untersuchungen waren schwierig, unzuverlässig und unhaltbar, wenn man bedenkt, daß der Begriff Abkömmlichkeit sehr variabel ist. Man beobachtete endlich an verschiedenen Orten auch verschiedene Verfassungsweisen. Soviel im Allgemeinen. — Was den vorliegenden speciellen Fall betrifft, so kann ich versichern, daß, wenngleich sich Alles so verhält, wie der ehrenwerthe Deputirte es vorgetragen, dennoch die befürchtete harte Strafe nicht ausgeführt werden wird, indem eine Widersetzlichkeit nicht stattfinden konnte, da das Bataillon noch gar nicht formirt war, folglich auch Niemand wegen eines Dienstvergehens zur Untersuchung gezogen werden konnte.

Man geht nunmehr zur Tagesordnung über. An derselben ist der Beschluß in der Valdenaerschen Angelegenheit. Die Mitglieder der Commission entwikkeln in längeren Vorträgen ihre Ansichten.

Hr. Kosch verlangt ein Gesetz der Unverletzlichkeit, nicht wegen dieses speciellen Falles, sondern weil jedes Kammermitglied in den Fall kommen könne, dessen Wohlthaten in Anspruch nehmen zu müssen. Die V.'sche Angelegenheit dürfe, nach der Consequeuz, erst wieder zur Sprache kommen, wenn dies Gesetz geschaffen worden. Er trüge daher auf die Tagesordnung an. Hr. Schling tritt dem bei, indem der Gang der Untersuchung ohne förmliches Gesetz nicht unterbrochen werden dürfe. (Der Antrag auf Tagesordnung wird nnterstützt.)

Hr. v. Kirstein macht ein Amendement auf Vermittelung der Krone Behufs V.'s Freilassung, findet aber damit keine Unterstützung. Hr. Stein spricht sich im Allgemeinen gegen die Verschiebung der Angelegenheit bis zu dem Erlasse des Gesetzes aus, welches anch den Mitgliedern der Nationalversammlung die Unverletzlichkeit verbürgen soll, und beantragt daher, Angesichts der Wichtigkeit dieses ersten Falles, die Versammlung möge, „in Erwartung“, daß das Unverletzlichkeits-Gesetz mit rückwirkender Kraft ereassen nnd eine aus den Abtheilungen gebildete Commission sofort niedergesetzt werde, zur Tagesordnung übergehen. (Das Amendement wird unterstützt.) Hr. Gladbach möchte eine Begnadigung, damit allen Verlegenheiten eine Ende gemacht werde. Herr Temme führt aus, daß, ob auch die Versammlung noch so hoch stehe, sie doch den absolutesten König nicht werde überbieten wollen. Selbst ein sotcher würde in der Weise einem Richterspruche nicht vorgreifen und, thäte er es, Cabinetsjustiz üben. Diese möchte aber kein getreuer Richter vollstrecken; er (Redner), welcher nun 30 Jahre dem Richterstande angehöre, würde lieber seine Stelle aufgeben, als sich zum Vollstrecker einer Cabinetsjustiz gemacht haben. (Bravo. Ruf: „Abstimmung, Schluß.“) Präsident: Es sind noch sechs Redner eingeschrieben. (Heftiger Ruf: „Abstimmen.“) Hr. Reichensperger I. vertheidigt sich nun noch in seiner Eigenschaft als Untersuchungsrichter in Trier, muß aber, da er nicht bei der Sache bleibt, die Bühne verlassen. Es erfolgt nun die Abstimmung, wobei das Schling'sche Amendement auf einfache Tagesordnung und das Stein'sche verworfen werden, der Commissions-Antrag dagegen auf vorläufige Tagesordnung bis zum Erlaß des Unverletzlichkeits-Gesetzes angenommen wird.

Hr. v. Berg befragt das Ministerium wegen der im Großherzogthum Posen verübten Gewaltschritte und Gesetzwidrigkeiten. Der Königl. Distriks-Commissar von Labyszin hatte nämlich am 25. v. M. bekannt gemacht, daß alle diejenigen, welche Waffen, einschließlich der Sensen und Piken, haben, diese binnen 24 Stunden, bei Vermeidung von 20—30 Peitschenhieben, welche ohne Ansehen der Person ausgetheilt würden, abzuliefern hätten. Eine solche Verfügung könne zwar keine rechtliche Grundlage haben, Böswillige können aber auch die Versammlung, falls sie schweige, verdächtigen. Der Minister des Innern habe ihm (dem Redner) zwar schon vertraulich zugesagt, daß Alles geschehen solle, solche Ausschreitungen für die Folge unmöglich zu machen; er beantrage indeß auch nochmals, daß das Staatsministerium derartiger Willkür sofort ein Ende mache. Der Minister des Innern v. Auerswald antwortete, daß ihm derartige Thatsachen schon anderweitig durch Abgeordnete mitgetheilt seien; er habe auch schon die Untersuchung angeordnet und den das Gesetz übertretenden Beamten die Amtssuspension, vorbehaltlich der Untersuchung ankündigen lassen. (Beifall.) Gott verhüte, daß Strafandrohungen, wie die der Peitschenhiebe, schon vollstreckt seien. (Stimme zur Rechten und Linken: Ist schon vorgekommen.) Diese im höchsten Grade straffälligen Uebertretungen hatten übrigens nie einen gesetzlichen Boden. (Beifall.)

Als Hr. Schramm jetzt seinen Antrag auf Abschaffung aller geheimen Conduitenlisten vortragen will, erklärt der Minister v. Auerswald wie das Ministerium keinen Augenblick zweifelhaft sei, daß die geheimen Conduitenlisten nicht mehe fortbestehen können und dürfen. (Lebhafter Beifall.) Stimmen: Wie steht es aber mit dem Militair? Ob.-Lieut. von Griesheim, als Commissar des Kriegsministeriums: Die Militair-Verwaltung lege gar keinen Werth auf die bisherigen geheimen Conduitenlisten, obwohl es andererseits feststehe, daß die Oberbehörde immer über die Einzelnen unterrichtet sein müsse, was freilich eine geheime Conduitenliste sei. Herr Schramm: Das würde doch wieder Ausnahmsfälle begründen. Man bedenke, daß von 1819 bis zum 19. März 1848 die Lüge und das Geheimniß uns beherrscht haben. Er bestehe also fest auf Abschaffung aller geheimen Conduitenlisten, was eine amtliche ehrliche Controlle, bei der dem Betroffenen stets die Einsicht bleibe, durchaus nicht ausschließe. Hr. Bauer (Berlin) stimmt aus voller Ueberzeugung dem Antrage auf Abschaffung jener geheimen Listen bei. Hr. d'Ester sieht nicht ein, weshalb gerade das Militair mit der geheimen Conduitenliste bedroht bleiben solle, da diese den, der sie führt, keineswegs ehre. Ob.-Lieut. v. Griesheim: Es handele sich hier um ein Mißverständniß; (Gelächter) das Geheimniß wolle auch das Kriegsministerium gern aufgeben und sich nur eine offene Controlle vorbehalten. Hr. Schöne macht noch aufmerksam, wie man die Geistlichen namentlich in Schlesien unter der letzten Consistorial-Verwaltung mit der Aufsicht gepeinigt und eine wahre Liberalismus-Riecherei eingeführt habe. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten, Graf Schwerin, bemerkt, wie es sich von selbst verstehe, daß bei der allgemeinen Maßregel auch die Geistlichen eingeschlossen seien. Hr. Schramm nimmt seinen Antrag, den Hr. Weichsel dann zu dem seinigen machen will, zurück. Darüber entsteht großer Lärm, und die Versammlung geht schließlich zur Tagesordnung.

Herr Hartmann will einen, die Rückkehr des Prinzen von Preußen betreffenden Antrag begründen, als der Ministerpräsident Camphausen bemerkt, daß der Prinz bereits eine amtliche Erklärung erlassen und am 6 oder 7. d. M. im Kreise der Seinen erwartet werde. Demnach frage es sich, ob der Antragsteller noch bei seinem Antrage verbleibe, oder aber eine Interpellation an das Ministerium beabsichtige? Herr Hartmann erklärt sich zwar hinsichts des Antrags für zufrieden gestellt, kündet aber die Interpellation

dahin an, das Ministerium möge die Gründe darlegen, welche den Prinzen fern von dem Vaterlande gehalten haben. (Die Interpellation wird unterstützt und demnächst beantwortet werden.)

Herr Wegener beantragt, daß die stenographischen Berichte in größerer Anzahl als bisher abgezogen, möglichst billig verkauft, auch an die Postanstalten portofrei versandt und auch dort debitirt werden. Die Versammlung genehmigt den Antrag.

Herr Nenstiel wollte beantragen, daß der Abgeordnete des Tost-Gleiwitzer Wahlkreises, Kiolbassa, von der Versammlung ausgeschlossen werde, weil er der deutschen Sprache nicht mächtig sei. Der Präsident giebt diesen Antrag zurück, weil die Versammlung dazu kein Recht habe. (Beifall.)

(Schluß der Sitzung $3\frac{1}{2}$ Uhr.)

Wien, den 5. Juni. Die Wien. Ztg. enthält nachstehenden dem Kriegs-Ministerium zugegangenen Bericht des Feldmarschall-Lieutenants Grafen Radetzky aus dem Hauptquartier Mantua vom 30. Mai:

„Ich hatte die Ehre, einem hohen Kriegs-Ministerium mit meinem Berichte vom 26. d. meinen Entschluß anzuzeigen, meine Operationen am 27. oder 28. d. anzufangen.

„Ich habe nun demgemäß dieselben mit einem, wenn auch gewagten, doch glücklich ausgeführten Flankenmarsche — knapp an dem Feinde vorüber — am 27. d. Abends begonnen, bin die Nacht und den ganzen darauf folgenden 28. mit meiner braven Armee in drei Kolonnen nach Mantua marschirt, wo dieselbe durch diesen Gewaltmarsch zwar sehr ermüdet, aber kampflustig und ganz in Ordnung am Abend dieses Tages ankam.

„Zu gleicher Zeit ließ ließ sich eine Brigade der Division Lichnowsky unter Kommando des Obersten Baron Zobel im oberen Etschthale einen Schein-Angriff auf die linke Flanke des Feindes gegen Pastrengo am 28. Abends und 29. früh bewerkstelligen, um den Feind irre zu führen und den Marsch meiner Armee gegen Mantua zu verbergen.

„Durch diese Manöver ist es mir somit gelungen, meine Kräfte schnell auf die äußerste Rechte des Feindes zu werfen, worauf ich gestern, den 29., unter dem Schutze der Festung Mantua, die meinen Rücken deckte, den Mincio überschritt und so alle feindlichen am rechten so wie am linken Ufer desselben seit sechs Wochen vom Garda-See bis Mantua aufgeworfenen großartigen Verschanzungen umging und für uns unschädlich machte.

„Um jedoch ganz in der Flanke meines Gegners zu stehen und mit der Armee auf die Ebene debouchiren zu können mußte ich zuerst auch seine vorwärts Mantua und Curtatone befestigte Stellung angreifen und nehmen.

„Die Armee hat diese schwere Aufgabe an dem Vorabende des Namenstages unseres vielgeliebten Monarchen rühmlichst gelöst. In drei Stunden eines harten Kampfes waren die Linien des Curtatone genommen. Gegen 2000 Mann, worunter 1 Oberst und 66 Offiziere und ein ganzes Bataillon Neapolitaner, wurden zu Gefangenen gemacht und 5 Kanonen, 4 Pulverkarren nebst einer Fahne erbeutet.

„Dies, so wie die nun gesicherte Möglichkeit, mich freier in der Ebene in Flanken und Rücken des Feindes bewegen zu können, waren die Früchte dieses Tages.

„Der mit der Leitung des Ganzen beauftragte Kommandant des ersten Armee-Corps, Feldmarschall-Lieutenant Graf Wratislaw, so wie die Divisionen der beiden Fürsten Karl und Felix Schwarzenberg des ersten und die Brigade Fürst Friedrich Liechtenstein des zweiten Armee-Corps, haben diesen Kampf bestanden. Die näheren Details wird die Hauptrelation enthalten. Nur muß ich schon jetzt den Corps-Kommandanten, Grafen Wratislaw, die oben genannten Herren Divisionairs, Fürsten Schwarzenberg, so wie die General-Majors Strassoldo, Wohlgemuth, Clam und Liechtenstein, endlich die Obersten Benedek von Ghulai-Infanterie als qua Brigadier, Dod von Paumgarten-Infanterie und Baron Reischach von Prohaska-Infanterie erwähnen, von welchen die drei letzteren bei dem Sturme der Linien des Curtatone und der Schanzen bei Montanara sich ganz besonders auszeichneten. Jedoch ist es jetzt noch schwer, die Bravsten der Braven, die Führer und ihre Untergebenen zu nennen, denn der Wetteifer war eben so groß, als die Hingebung an diesem Tage. Es ist daher der Verlust der Armee an Mannschaft weniger bedeutend als an Offizieren, welche überall heldenmüthig an der Spitze waren. Der Gesammtverlust beträgt 200—300 Todte und Verwundete, worunter jedoch gegen 40 Offiziere. Heute, den 30., rücke ich am Mincio aufwärts gegen Goito und Ceresara mit dem ersten und zweiten Corps und lasse das Reserve-Corps in der Mitte beider rückwärts folgen, um es selbst zu leiten.“

Innsbruck, den 31. Mai. (A. Z.) Gestern ist Se. Kaiserl. Hoheit der Erzherzog Rainer und heute Mittags Se. Kaiser. Hoheit der Erzherzog Stephan von hier abgereist. Heute früh ist die Deputation des Schriftsteller-Vereins von Wien, bestehend aus den Dichtern Hebbel und Otto Prechtler und dem Dr. Wildner Maithstein, mit ihrer Riesen-Petition um baldige Rückkehr Se. Maj. des Kaisers nach Wien hier angelangt und wird, dem Vernehmen nach, morgen bei Sr. Maj. dem Kaiser und dem Hrn. Erzherzoge Franz Karl zur Audienz zugelassen werden. Auch eine Deputation aus Mähren ist heute eingetroffen. Vom diplomatischen Corps sind heute der Dänische Gesandte Graf Bille-Brahe, der Niederländische Botschafter Baron v. Heeckeren und noch spät Abends der Russische Gesandtschafts-Secretair Paul d'Oubril hier angekommen. Se Maj. der Kaiser, so wie alle hier anwesenden Mitglieder der Kaiserl. Familie, befinden sich fortwährend im besten Wohlsein.

Triest, den 2. Juni. Gestern ist die Englische Kriegsbrigg „Harlequin“ hier eingetroffen. Das Englische Dampfboot „Locuste“ hat heute unsere Rhede verlassen und die Richtung nach Corfu genommen. Die feindliche Flotte liegt fortwährend auf der Höhe von Pirano. — Die Lloydschen Dampfschiffe „Italia“ und „Venezia“ sind heute von Pola hier angekommen.

— In der Allg. Ztg. liest man: „Wir werden um Aufnahme folgender Erklärung ersucht: „„In der Gazzeta di Milano heißt es: „Peter Hofer, ein Enkel Andreas Hofer's, ist zu den Piemontesen übergegangen.““ Dieser Lüge gegenüber erkläre ich einfach: Von Andreas Hofer, einstigem Ober-Kommandanten von Tyrol, existiren in Folge der Vermählung seines einzigen Sohnes Johann Kaiserl. Taback-Hauptverlegers in Wien, nur noch drei Enkel: Karl, Andreas und Ferdinand, wovon die beiden Ersteren in der zur Vertheidigung der Gränzen Tyrols ausgerückten wiener Studenten-Compagnie dienen, der Letzte aber, 10 Jahre alt, im älterlichen Hause sich befindet. Die lügnerische Aussage der Gazetta di Milano erscheint um so niederträchtiger, als erst vor kurzem zwei meiner Brüder, Joseph und Johann (der eine Lieutenant, der andere Kadet bei Kaiser-Jäger) im Kampfe bei Goito den Tod fürs Vaterland gestorben und auch die Anderen jederzeit bereit sind, desgleichen zu thun. Da die Ehre meiner Familie mir heilig ist, ersuche ich Sie, so wie die anderen Deutschen Redactionen, diese Erklärung zu veröffentlichen. Mit Hochachtung rc. Karl Edler von Hofer, Kaiserlicher Salinen-Beamter.“

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 4. Juni. Der „Moniteur“ bringt heute folgende Verordnungen der Vollziehungsgewalt, welche aus den Beschlüssen der National-Versammlung bereits bekannt sind: 1) Dekret, welches die National-Werkstätten reorganisirt, die Arbeit auf Tagelohn in denselben abschafft und alle Arbeiter, welche nicht seit mindestens drei Monaten in Paris ansäßig waren, fortweist. 2) Dekret, welches den Gemeinde-Behörden von ganz Frankreich befiehlt, keinen Arbeitern mehr nach Paris Pässe zu ertheilen, das seine hunderttausend National-Arbeiter selbst nicht beschäftigen könne; das Feld biete jetzt viel Beschäftigung dar; man solle sie also dem Ackerbau zuwenden. 3) Dekret, welches den von der Verfassungs-Kommission ausgearbeiteten Entwurf der neuen Staats-Verfassung zu drucken und zu vertheilen und vorher in den Abtheilungen der National-Versammlung zu berathen befiehlt, ehe er von der Rednerbühne herab im großen Sitzungssaale öffentlich diskutirt werde. 4) Dekret, welches die Tuilerieen unter die ausschließliche Obrigkeit des Bürger-Generals Clemens Thomas stellt.

— Lamartine hat auf eine Adresse von Einwohnern Magdeburgs, die ihm ihre Glückwünsche zu dem Erfolg seiner Bekämpfung des Attentats vom 15. Mai übersandt hatten, nach dem heutigen „Moniteur“ Folgendes geantwortet: „Einwohner Magdeburgs! Vom ersten Revolutionstage an hat Frankreich seine Achtung vor den Nationalitäten und seinen Wunsch eines innigen Bundes mit Deutschland verkündet. Dieser Rhein, von den Eroberern und Kriegern beider Länder so oft überschritten, soll es künftig nur noch durch die Wünsche der Zuneigung, den Handel und die Bildung beider Völker werden. Die Adresse, die Sie mir zuzuschicken die Güte hatten, um mir persönlich dazu Glück zu wünschen, daß ich am 15. Mai den anarchischen Faktionen entgegengeschritten, ist ein neuer Beweis dafür. Ich werde sie als eine im Innersten des liberalen und tiefverständigen Genius Deutschlands geprägte Denkmünze bewahren. Es giebt keinen unter den Bürgern von Paris, der diese Zuschrift nicht eben so wohl verdient hätte wie ich. Mein Name hat nur den Ruhm, zu ihrer Personifikation gedient zu haben, und nur in solcher Beziehung wage ich es, Ihr Lob anzunehmen, um es ganz meinen Mitbürgern zuzuweisen. Empfangen Sie, Einwohner Magdeburgs, den Ausdruck meiner Erkenntlichkeit und meiner Achtung. Lamartine.“

— Herr Thiers hat sich geweigert, vor den heute und morgen stattfindenden Ergänzungs-Wahlen irgend eine öffentliche Erklärung über seine Grundsätze abzugeben. Er beruft sich auf das von ihm in dieser Beziehung in seinem Schreiben an den Maire von Aix früher abgelegte politische Glaubensbekenntniß. Der „Commerce“ äußert sich über die Kandidatur des Herrn Thiers folgendermaßen: „Man fragt, warum Herr Thiers unser Kandidat nicht ist? Es giebt in der Vergangenheit des Herrn Thiers noch viel beklagenswerthere Handlungen als die September-Gesetze und das Regentschafts-Gesetz. Herr Thiers war 1840 nahe daran, Europa in Brand zu stecken. Herr Thiers hat alle Vorurtheile der Schule des Kaiserreichs. Er ist jeder verbrüdernden Politik nach Außen und der großartigen Entwickelung der Freiheiten im Inneren entgegen. Es ist der Mann der Centralisation des übermäßigen Verwaltens und der schweren Budgets. Sonst ein Mann von Geist und Redner-Talent. Aus allem diesem schließen wir, daß die Republik noch lange die Dienste des Herrn Thiers entbehren kann. Unsere Politik und unsere Finanzen sind so genug verwickelt.“

— Herr Lacave-Laplangue, Finanz-Minister in dem Ministerium des Herrn Guizot, hat eine ausführliche Schrift veröffentlicht, worin er die Finanz-Verwaltung Frankreichs unter der Herrschaft Ludwig Philipp's gegen die Beschuldigungen vertheidigt, welche die provisorische Regierung wider dieselbe erhoben hat.

— Ein Dekret der vollziehenden Kommission ordnet sämmtliche Bibliotheken der früheren Civilliste in und außerhalb Paris nebst den Kron-Archiven dem Ministerium des Unterrichts und Kultus unter.

— Leon Lalanne, der neue Direktor der National-Werkstätten, erließ gestern eine Proklamation an die sämmtlichen Arbeiter, um sie zu ersuchen, am 6. Juni Punkt 6 Uhr an ihren Arbeitsplätzen zu sein. Es soll von 6 bis 11 Uhr eine allgemeine Sichtung und Regelung vorgenommen werden, um die jüngsten Verordnungen der National-Versammlung auszuführen.

— An die Mauern von Paris wurde gestern ein Plakat angeschlagen, worin die Arbeiter der National-Werkstätten erklären, daß sie ihren ehemaligen Direktor, Emile Thomas, als Kandidaten für die National-Versammlung aufstellen und ihre Freunde ersuchen, für ihn mitzustimmen.

Rußland und Polen.

Warschau, den 30. Mai. Das Proscriptions-Verzeichniß der Polen, welche ohne Erlaubniß die Grenze überschritten haben, beläuft sich jetzt auf 161

(Mit drei Beilagen.)

Personen. Eine Kaiserl. Verordnung beschäftigt sich sorgsam mit dem Fortkommen der Vagabunden, „welche weder ihre Herkunft, noch ihren Stand angeben können.“ Diejenigen unter 30 Jahren werden in die Regimenter gesteckt; mit der Unterscheidung, daß diejenigen, welche das vorgeschriebene Maß nicht haben, bei der Civil-Arrestanten-Compagnie untergebracht werden. Was über 30 Jahre alt ist, unternimmt eine Reise nach Sibirien, um dort die Cultur zu verbreiten.

Amerika.

Auf Guadeloupe, Martinique und den kleineren Französischen Inseln erregten die Nachrichten von der Erklärung der Republik in Frankreich und der den Negern verheißenen Freiheit unter diesen den größten Jubel. Die Weißen tranken Brüderschaft mit den Mulatten und der Unterschied der Farbe und der Kasten schien einen Augenblick aufgehoben. Allein der Beschluß, die Freilassung der Neger bis nach der Aernte zu verschieben, erregte unter diesen die größte Unzufriedenheit. Sie hörten fast auf, zu arbeiten und trieben Unfug aller Art. Hin und wieder ist es schon zu Kämpfen gekommen, und die Weißen werden einen harten Stand haben. Unter 130,000 Einwohnern zählt Guadeloupe 100,000 Sclaven. Auf Marie-Galande, Les Saintes, La Desirade, S. Martin ist das Mißverhältniß und die Unzufriedenheit der Neger noch größer. Auf Martinique sah das letzte Englische Packetboot mehrere Pflanzer-Wohnungen in Flammen stehen.

Posen, den 9. Juni. Als ein Curiosum theilen wir unseren Lesern aus der Beilage zu No. 159. der Kölnischen Zeitung nachfolgendes Hört! mit: Hört Ihr alle Posener-Pommerschen und Märkisch-Bergischen Alt- und Stockpreußen und Ihr alle politischen Schelme, Buben und Narren, deren Ausdruck das Elberfelder Sudelblatt ist, hört, wie jetzt

Vater Arndt für Polen und gegen die Russen

in seiner gegenwärtig im ganzen Preußischen Staate durch Policeiboten umsonst vertheilten „Ausgießung in die Sündfluth“ spricht: „Und der Vorkämpfer (Preußen) wird wohl bald das Schwert ziehen müssen, vielleicht gegen Dänen und Russen und für die Deutschen und Polen. Wer lies't schon ganz klar die kaum halb enthüllten Geburtstafeln der nächsten Monate und Jahre? Skandinavien und Polen könnten wieder aufgerichtet werden — die Preußen und Polen in Kurland und Liefland, 80,000 Schweden in Finnland — die Russen gegen Osten über die Newa und den Dniepr zurückgeworfen und gezwungen, hinfort nur in das caspische und schwarze Meer als in ihre asiatische Bestimmung zu schauen. Große, herrliche, schwere Kämpfe in Aussicht, der Preußische (?!) Wahlspruch: „Jedem das Seine“ für Deutschland, Schweden und Polen gegen Dänen und Russen siegreich zur Wahrheit gebracht.“ Also Euer Prophet. Nun schlaget die Brust und bekehret Euch bald alle, Ihr stockpreußischen Polenfresser! Nun zur Buße, du mehr als von sieben Teufeln besessene Elberfelderin!

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Held's Locomotive.

(Aus der Vossischen Zeitung.)

In der Locomotive des Herrn Held vom 3. Juni, No. 50., heißt es: „Die Preußen haben in Schleswig eine derbe Schlappe bekommen durch einen Ueberfall der Dänen bei Sundewitt. Ihr Rückzug glich einer Flucht.“ — Am 3. wußte man hier aus den Zeitungen, daß nicht die Preußen, sondern die Bundes-Truppen in Sundewitt von den Dänen, und auch ohne nachhaltigen Erfolg angegriffen worden sind. Jene ganze Nachricht ist somit eine absichtliche Unwahrheit. Was aber soll man von einem Blatte halten, welches sich nicht schämt, durch Lüge und Verläumdung Schmach auf die Truppen des eignen Landes zu werfen; auf Truppen, welche dem Feinde gegenüber stehen, und deren ruhmvolles Benehmen das Herz eines jeden deutschen Ehrenmannes mit freudigem Stolze erfüllt hat.

Von Einem, der bei Schleswig mitgefochten.

Handelsbericht.

Berlin, den 7. Juni. An der heutigen Kornbörse waren die Preise von Weizen nach Qualität 45 — 47 Rthlr.; Roggen nach Qual. 24 — 27 Rthlr.; Gerste nach Qual. 23 — 22 Rthlr..; Hafer $16\frac{1}{2}$ — 18 Rthlr.; Rüböl $9\frac{2}{3}$ — $\frac{7}{12}$ Rthlr., dto. pr. Juli und August $9\frac{3}{4}$ Rthlr. G.; Spiritus $16\frac{1}{2}$ und 17 Rtlr. bez., dto. pr. Juli und August 17 Rthlr. bez

---

Für die in hiesiger Provinz verwundeten Soldaten und für die Familien dieser und der Gebliebenen sind weiter bei mir eingegangen und der betreffenden Commission zugehändigt worden: 1) aus Czempin, gesammelte Collekte 17 Thlr. 15 Sgr.; 2) vom Herrn Major v. Rosenstiel 20 Thlr.; 3) durch den Herrn Oberstlieut. Stöpel aus Stralsund 113 Thlr. 6 Sgr.; 4) Sammlung aus Schokken 32 Thlr. 2 Sgr.; 5) Sammlung aus Rakwitz 7 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf.; 6) vom Lehrer Herrn Schubert aus Chmielinko 2 Thlr.; 7) von der Liedertafel aus Meseritz 168 Thlr.; 8) Sammlung aus Stenszewo 16 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf.; 9) vom Herrn Major v. Schwarzenau 3 Thlr.; 10) vom Comité aus Halle 200 Thlr.

Die Gelder ad 7 und 10, zur Hälfte für die Verunglückten des Civilstandes von den gütigen Gebern bestimmt, sind nach getroffener Vereinbarung im Verhältniß von 3 zu 1 zwischen den Regierungsbezirken Posen und Bromberg vertheilt und zur weitern Verwendung an das Central-National-Comié in Posen und an den Herrn Präsidenten v. Schleinitz in Bromberg übergeben worden.

Die Summe ad 9, blos für Civil bestimmt, ist dem Regierungsbezirk Posen zu Gute gekommen.

Die fernerweitig eingegangenen Verbandmittel nebst Charpie sind wie früher der hiesigen Lazareth-Commission zur weitern Vertheilung übergeben worden. Posen, den 9. Juni 1848.

v. Steinäcker, General-Lieutenant.

Bekanntmachung.

Am 23. d. Mts. Vormittags 8 Uhr, soll zu Neuhof, im Kostener Kreise eine Anzahl Bauerstellen von 93 bis 118 Morgen Flächeninhalt, jedoch ohne Gebäude und ohne Wirthschafts-Inventarium, vom Domainen-Fiskus öffentlich gegen Meistgebot zu Erbpachtsrechten veräußert werden.

Das Gebot wird nur auf das Erbstandsgeld gerichtet. Der feststehende aber ablösbare Erbpachts-Kanon von resp. 23 Rthlr. 7 Sgr. bis 28 Rthlr. 26 Sgr. 7 Pf. wird durch das Gebot nicht gesteigert. Ein jeder, der zum Gebote zugelassen werden will, muß sich durch Atteste seiner Ortspolizei-Behörde über seine moralische Führung ausweisen, ferner den Nachweis eines disponiblen Vermögens von mindestens 1000 Rthlr. baar führen, und eine Kaution von 300 Rthlr. in baarem Gelde, oder in inländischen Staatspapieren erlegen. Letztere wird dem Erwerber einer Stelle zurückgezahlt, je nachdem er mit der Errichtung der erforderlichen Gebäude vorgeschritten ist. Von den zur Zeit der Uebergabe auf sämmtlichen Erbpachtsstellen stehenden Saaten und Feldfrüchten erhält der Erwerber einer Parzelle einen verhältnißmäßigen Theil gegen Bezahlung der Saat- und Bestellungskosten ausgewiesen. Das auf der Parzelle etwa befindliche Baum-Inventarium geht auf den Erwerber gegen Zahlung der festgesetzten Preise mit über. Der Zuschlag wird im Termine ertheilt, auch die Stelle sofort übergeben, es muß aber das Erbstandsgeld, welches mindestens den doppelten Betrag des jährlichen Erbpachts-Kanons erreichen muß, so wie das Kapital für das Baum-Inventarium und für die Saaten und Bestellungen sogleich im Termin außer obiger Kaution baar in kassenmäßigem Gelde entrichtet werden.

Die weiteren Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht.

Posen, den 5. Juni 1848.

Königliche Regierung, Abtheilung III.

Bekanntmachung.

Um bei der eingetretenen nassen Witterung Gelegenheit zur trocknen Lagerung der Wolle zu geben, werden

1) der Handels-Saal im Waagegebäude,
2) die Theresien-Kirche in der Schulstraße

zur Disposition gestellt und die Anweisung zur Lagerung in diesen Räumen gegen Zahlung von 5 Sgr. pro Centner in der alten Waage ertheilt werden.

Posen, den 9. Juni 1848.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Es sollen einige zum Abbruch bestimmte Gebäude auf den Grundstücken No. 123, 156 und 157. St. Martin in Kuhndorf, früher der Wittwe Woyde, No. 127 St. Martin in Kuhndorf, früher den Eliaszewiczschen Eheleuten gehörig und eine alte Scheune auf der ehemaligen Bergerschen Plantage auf Berdychowo, an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung, jedoch unter Vorbehalt der Genehmigung des Zuschlages Seitens der Festungs-Bau-Direktion, öffentlich verkauft werden; wozu ein Termin auf künftigen Mittwoch

den 14. Juni c. Nachmittags 3 Uhr

hierdurch angesetzt wird.

Kauflustige werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß die näheren Bedingungen im Bureau der unterzeichneten Direktion eingesehen werden können und der Sammelplatz zur angegebenen Zeit auf der Königsstraße am ehemaligen Baarthschen Grundstück sein wird.

Posen, den 8. Juni 1848.

Königl. Festungs-Bau-Direktion.

Pferde-Auktion.

Unerwartet eingetretener Hindernisse wegen, kann die am 17. d. M. zu Landsberg a/W anberaumt gewesene Auktion mehrerer Königl. Gestütspferde und Füllen, an jenem Tage nicht abgehalten werden, und bleibt die Ausführung dieser Auktion einer späteren Bestimmung und Veröffentlichung vorbehalten.

Zirke, den 3. Juni 1848.

Königl. Preuß. Posensches Land-Gestüt.

In Ryszewo unweit Rogowo, Kreis Mogilno, ist eine Wirthschaft, bestehend aus 112 Morgen Ackerland und hinlänglichem Wiesewachs mit bequem eingerichteten unbaufälligen Wirthschaftsgebäuden, aus freier Hand zu verkaufen oder von Johanni c. zu verpachten. Die Bedingungen erfährt man vom Herrn v. Bukowski sowohl in Gosciesczyn, so wie vom Unterzeichneten in Polwica bei Santomysl. Vom Kaufgelde verbleiben auf Grund und Boden an Kirchgeldern 300 Rthlr., an Mündelgeldern 300 Rthlr.

Polwica, den 5. Juni 1848.

Ant. Rudnicki.

Von nachstehenden in ihren Wirkungen ganz erprobten Artikeln befindet sich bei Endesgenanntem alleiniges Lager:

Aromatisches Kräuteröl
zum Wachsthum und zur Verschönerung der Haare. Preis pro Flacon ½ Rthlr.

Poudre de Chine,
von **Vilain & Comp.** in Paris, unschädliches und untrügliches Mittel, grauen Haaren eine schöne natürlich schwarze oder braune Farbe zu geben. In ganzen und halben Flaschen zu 1⅓ und ⅔ Rthlr.

Extrait de Circassie,
ein vielfach erprobtes Schönheitsmittel, durch dessen Anwendung die Haut ein zartes Weiß und vorzügliche Frische, Glanz und Weichheit erhält. Das Flacon ½ Rthlr.

Pariser Zahnperlen,
sicheres Mittel, Kindern das Zahnen außerordentlich zu erleichtern. Das Etui 1 Rthlr.

Aechte Löwenpomade,
um in einem Monate Kopfhaare, Schnurbärte und Backenbärte herauszutreiben. In ganzen und halben Tiegeln zu 1 und ½ Rthlr.

Cosmetique-Americain,
untrügliches und ganz unschädliches Mittel zur Vertreibung der Finnen und des Kupferausschlags im Gesicht. Das Flacon ⅔ Rthlr.

Ananas-Pomade,
unübertreffliches feinstes Haar-Parfüm, zur Verschönerung und zum Wachsthum der Haare. Der Topf ⅔ Rthlr.

Vegetabilische Haar-Tinktur,
ganz einfaches unschädliches Mittel, grauen Haaren in kürzester Zeit eine schöne dunkle Farbe zu geben. Die Flasche 1 Rthlr.

Crême,
pour dresser et fixer la barbe. Mittel zur Stärkung und Verschönerung der Barthaare. Preis pro Flacon 10 Sgr.

Ohrenmagnete,
Mittel gegen chronische Kopfschmerzen, Ohrensausen rc. Preis 1 Rthlr. 10 Sgr.

Aechtes Bayonner Fleckwasser. Preis pro Flasche 7½ Sgr.

Keine Hühneraugen mehr!
Unfehlbares Mittel, Hühneraugen auf eine ganz schmerzlose und leichte Weise auszurotten. Preis pro Schachtel 5 Sgr.

Aecht Engl. Gichtpapier,
das Blatt zu 2 Sgr. gegen Reißen und Gicht ein bewährtes Mittel.

Veritable Macassar-Oil
zur Stärkung und Verschönerung der Haare. Preis pro Flacon 5 Sgr.

Aecht Engl. Electricitäts-Ableiter,
unfehlbares sicheres und bewährtes Mittel gegen chronische Rheumatismen, Gicht, Reißen und Congestionen aller Art. Preis pro Amulette 10 Sgr., etwas stärker 15 Sgr. und ganz stark wirkend 1 Rthlr.

Sämmtliche Artikel sind mit ausführlichen Gebrauchsanweisungen versehen, und empfiehlt sich damit bestens

Posen. J. J. Heine, Markt 85.

Bei der Versetzung des Major v. Olberg ist dessen elegantes, fast noch neues Mahagoni-Ameublement aus freier Hand zu verkaufen und täglich von 8 — 11 Uhr Vormittags und von 3 — 5 Uhr Nachmittags zu besehen. Wilhelmsstr. No. 22. zwei Treppen hoch.

Einem hochgeehrten Adel und Publikum mache ich die ganz gehorsamste Anzeige, daß ich den 11. d. M. in Posen eintreffen, und wie früher Friedrichstraße Nro. 36. wohnen werde. G. F. Selle,

Maitre tailleur aus Berlin.

Erklärung.

Daß Herr **J. Tichauer** in Posen gegenwärtig alleiniger Inhaber einer Bier-Niederlage der Societäts-Brauerei zum Waldschlößchen bei Dresden ist, erklärt hiermit

die Direktion der Societäts-Brauerei zum Waldschlößchen bei Dresden.

(L. S.) Dresden, den 1. Juni 1848.

Auf obige Erklärung Bezug nehmend, empfing ich in diesen Tagen aus dieser Brauerei wiederum einen bedeutenden Transport in bekannter vorzüglicher Qualität, und bemerke, daß ich nunmehr auch dem auswärtigen Begehr genügen und dieses allgemein beliebte Bier an Wiederverkäufer billiger erlassen kann.

Posen, den 8. Juni 1848.

J. Tichauer,

am Markt neben der Apotheke des Herrn Kolski.

In meinen Häusern, Kanonenplatz No. 6. und Mühlstraße No. 3., sind von Johanni ab mehrere Wohnungen von 4 bis 6 Zimmern, nebst Stallung, zu vermiethen. Näheres beim Eigenthümer

A. E. Schlarbaum.

Magazinstraße No. 1. neben dem Land- und Stadtgerichtsgebäude, sind mehrere große und kleine Wohnungen von Johanni c. ab zu vermiethen.

Vom 1. Juli c. sind zwei gute Wohnungen billig zu vermiethen, kleine Gerberstraße No. 100. Die Bedingungen sind zu erfahren Dominikaner-Straße bei D. G. Baarth.

Wilhelmsstraße No. 8.
sind im 1sten und 2ten Stock einige Wohnungen mit und ohne Möbel zu vermiethen und sogleich oder zu Johanni d. J. zu beziehen.

Eine möblirte Stube nebst Entrée, Parterre nach vorne heraus, Wilhelmsplatz No. 14 b., ist sogleich zu vermiethen. Das Nähere im Comptoir Breitestr. No. 26.

Breitestraße No. 20. eine Treppe hoch ist eine hübsche Wohnung, bestehend aus vier Stuben und Zubehör, sogleich oder von Johanni zu vermiethen.

Eine zweite Sendung **neuer Matjesheringe** empfing und offerirt zu billigen Preisen

die **Heringshandlung**

B. Scherek, Jesuitenstraße No. 2.

Montag am zweiten Pfingstfeiertage:
Bei günstiger Witterung:

Konzert im Logengarten,

Anfang 5 Uhr Nachmittags, für die resp Mitglieder unseres gesell. Vereins, wozu ergebenst einladet die Direktion.

Heute Sonnabend den 10. Juni:

Konzert à la Gung'l

im **Hildebrand**schen **Garten**, Königsstr. No. 1. Entrée à Person 2½ Sgr., à Familie 3 — 4 Personen 5 Sgr. Anfang 6 Uhr.

Das Musik-Chor des hochlöbl. 19. Inf.-Regiments.

Börse von Berlin.

Den 6. Juni 1848.	Zins-Fuss	Preus. Cour. Brief.	Preus. Cour. Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	69¾	69¼
Präm.-Scheine d. Seehdl. à 50 T.	—	—	81¾
Westpreussische Pfandbriefe ..	3½	74¾	—
Ostpreussische dito ..	—	—	—
Grossherz. Posensche Pfandbr. .	4	—	85¾
dito dito dito ..	3½	—	75¾
Pommersche dito ..	—	—	—
Kur- u. Neumärkische dito ..	3½	88½	88
Schlesische dito	—	—	—
dto. vom Staat gar. Litt. B.	—	—	—
Pr. Bank-Antheil-Scheine	—	—	72
Friedrichsd'or	—	13⅔	13⅙
Andere Goldmünzen à 5 Thlr. .	—	13	12½
Disconto	—	4½	5½
Actien.			
Berl. Anh. Eisenbahn Lit. A. B.	—	—	80½
dto. Priorit.	4	—	74½
Berlin-Hamburger	4	56½	—
do. Priorität .	4½	84¼	—
Berlin-Potsd.-Magdeb.	4	45	—
dto. Prior. Oblig.	5	72½	—
dto. dto. dto.	—	—	—
Brl.-Stet. E. Lt. A. und B. ...	—	—	84
Köln Mind.	3½	—	65½
dto. dto. Prior. Oblig.	4½	—	79¾
Niederschl.-Märk.	3½	—	63½
do. Priorität .	5	86	85
do. Priorität. .	—	—	—
do. III. Serie .	5	—	79¼
Ober-Schlesische Lit. A.	—	—	—
dto. Lit. B.	3½	—	73½
Rhein. Eisenbahn	—	47¾	64¾
do. Stamm-Prior. (voll eingez.)	—	—	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	—	53
Thüringer	4	—	47½
dto. dto. Priorität ...	4½	—	72¼

Getreide-Marktpreise von Posen,

den 7. Juni 1848. (Der Scheffel Preuß.)	Preis von Rthl.	Sgr.	Pf.	bis Rthl.	Sgr.	Pf.
Weizen d. Schfl. zu 16 Mtz.	1	10	—	1	16	8
Roggen dito	—	22	3	—	26	8
Gerste	—	24	5	—	26	8
Hafer.	—	17	9	—	20	—
Buchweizen	1	1	1	1	3	4
Erbsen	—	26	8	1	1	1
Kartoffeln	—	13	7	—	14	3
Heu, der Ctr. zu 110 Pfd.	—	27	6	1	—	—
Stroh, Schock zu 1200 Pf.	4	20	—	5	10	—
Butter das Faß zu 8 Pfd.	1	15	—	1	20	—

Namen der Kirchen.	Sonntag den 11ten Juni 1848 wird die Predigt halten: Vormittags.	Nachmittags.	In der Woche vom 2ten bis 8ten Juni 1848 sind: geboren: Knaben.	geboren: Mädch.	gestorben: männl. Geschl.	gestorben: weibl. Geschl.	getraut: Paare:
Evangel. Kreuzkirche ... den 12. Juni	Hr. Superint. Fischer Hr. Pred. Friedrich	Hr. Pred. Friedrich = Superint. Fischer	1	1	7	2	—
Evangel. Petri-Kirche .. den 12. Juni	= Conf.-R. Dr. Siedler (Abendmahl) Derselbe	—	1	1	—	1	1
Garnison-Kirche ..... den 12. Juni	= Div.-Pred. Simon = Mil.-O.-P. Niese	—	—	2	10	1	—
Kirchen-Lokal der evangel. luther. Gemeine den 12. Juni	= Pastor Dr. Franke	= Pastor Dr. Franke	2	—	1	—	—
Im Betsaal der christkatholischen Gemeinde den 12. Juni	= Prediger Post Derselbe	Hr. Pred. Post Derselbe	1	—	1	—	1
Domkirche	—	—	—	—	—	—	—
Pfarrkirche	—	—	—	—	—	—	1
St. Adalbert-Kirche ... den 12. Juni	= Mans. Prokop Derselbe	—	3	1	4	3	—
St. Martin-Kirche .... den 12. Juni	= Dec. v. Kamienski Derselbe	—	1	2	3	2	—
Deutsch-Kath. Succursale	—	—	—	—	—	—	—
Dominik. Klosterkirche. den 12. Juni	= Pr. Tomaszewski Derselbe	Derselbe	—	—	—	—	—
Kl der barmh. Schwest den 12. Juni	Cler. Plaszczyk = Framski	—	—	—	—	—	—
		Summa..	9	7	26	9	2

Neueste Nachrichten.

Frankfurt a. M., den 6. Juni. (O. P. A. Z.) Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung wurde von v. Auerswald als dringlich der Antrag entwickelt, einen Militair-Ausschuß niederzusetzen, welcher die Wehrhaftigkeit der einzelnen Staaten zu untersuchen und auf deren Vervollständigung zielende gutachtliche Vorschläge zu machen hätte. Reden aus Berlin verlangte einen Ausschuß von 15 Mitgliedern für Durchführung einer allgemeinen Volksbewaffnung, indem er auf die Nothwendigkeit der Sicherung und des Schutzes gegen innere und äußere Feinde hinwies. Vischer aus Tübingen beantragte, daß nicht nur eine allgemeine Volksbewaffnung, nicht minder dringlich, als die Marine, durchgeführt und mit dem stehenden Heere in Verbindung gebracht, sondern auch zur schleunigen Durchführung in den einzelnen Staaten eine Vollziehungs-Behörde niedergesetzt werde. Es könne nicht daran gedacht werden, jetzt die stehenden Heere aufzuheben; sie müßten etwa als erstes Aufgebot gelten, dem eine wohl organisirte Bürgerwehr sich anschlösse. Bis jetzt habe man in den eingeführten Bürgerbewaffnungen eine Polizeiwache erhalten, und der alte Schlendrian habe sich sofort geltend gemacht. Dem müßte durch energische Maßregeln abgeholfen werden. Rüder aus Oldenburg bemerkte, daß bereits das Vorparlament die Sache für dringlich gehalten, und daß der Funfziger-Ausschuß sich mit der Sache beschäftigt habe. Im Norden wie im Süden verlange man dringend die endliche Einführung. Die von Auerswald vorgeschlagene Untersuchung der Wehrhaftigkeit in den einzelnen Staaten sei zu weitläufig. Veit aus Berlin sprach für eine Kommission. Die Schranken zwischen Bürgern und Soldaten müßten fallen, das Heer müsse volksthümlich werden. Rößler von Oels würde mit Vergnügen dem Antrag beitreten, welcher der Exekutiv-Gewalt nahe bringe, doch möchte er jetzt der zu gründenden Centralgewalt vorgreifen; die Vorschläge und Einleitungen müßten jedenfalls den tüchtigsten Militairs in die Hand gegeben werden. Hentges erinnerte, daß er schon früher auf Bildung eines Ausschusses für Volksbewaffnung angetragen habe. Er glaube noch den Punkt hervorheben zu müssen, daß ein Schutz der Völker gegen fürstliche Willkür geschaffen werde. Möring von Wien sprach für den Auerswaldschen Vorschlag. Mayern von Wien: Deutschland habe eine halbe Million Truppen, sei also numerisch den etwaigen Feinden gleich. Allein es könne nicht mit derselben Kraft auftreten, da es an einheitlicher Leitung fehle. Es müsse der Auerswaldsche Antrag, aber auch die anderen berücksichtigt werden. Die Militair-Verfassung steht nicht im Einklange mit den Verhältnissen. Die Kommission dürfe nicht ausschließlich aus Militairs gebildet werden. Lichnowsky: Der erste Antragsteller habe an eine Exekutivgewalt bei seinem Vorschlage nicht gedacht. Die Verwendung von Sachverständigen sei räthlich; man würde wo möglich funfzehn Seemänner in den Marine-Ausschuß gewählt haben (Widerspruch). Den Militairs solle keine besondere Geltung verschafft werden, sondern ihre Wahl sei räthlich aus technischen Gründen. Nachdem nach Schluß der Verhandlung noch Auerswald für seinen Antrag gesprochen, wurde die von dem Präsidenten gestellte Frage, ob wegen Dringlichkeit der Sache sofort ein Ausschuß zur Begutachtung der auf die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes und auf Volks-Bewaffnung Bezug habenden Einrichtungen niedergesetzt werden sollte, bejaht. Der Kompetenz des Ausschusses wurde die Untersuchung der Wehrhaftigkeit und Vorschläge zu deren Verbesserung, die Sicherheit Deutschlands nach außen, Organisation der Volksbewaffnung und stets mögliche Verwendung der Volkswehr zugewiesen. Der im gewöhnlichen Wege durch die Abtheilungen zu wählenden Kommission ist die Ermächtigung ertheilt, Sachverständige zu vernehmen ꝛc. Ueber die ersten Punkte soll getrennter beschleunigter Bericht erstattet werden.

Höfken von Heidelberg beantragte, eine Kommission zur Betreibung der Parlaments-Wahlen in Böhmen niederzusetzen. Es befänden sich erst sieben böhmische Abgeordnete hier. Die Thätigkeit der Kommission müßte sich übrigens auch auf Mähren ausdehnen. Hartmann sprach gegen Höfken's Antrag. Man müsse erst eine Executiv-Gewalt haben. Vorläufig müsse eine Proclamation erlassen werden; die neuliche Erklärung sei nicht verstanden worden. Von mehreren Rednern wurden noch die Ursachen hervorgehoben, welche die Böhmen ꝛc. gegen die Wahlen gestimmt hätten. Es sind vor allem falsche Vorspiegelungen der panslavistischen und ultramontanen Partei. Man spreche den Landbewohnern insbesondere vor, es solle ein zweiter Kaiser neben demjenigen von Oestreich gewählt werden, der neue Steuern auflegen würde; man wolle sie protestantisch machen; auch sei die Beschickung des Parlaments zwecklos, da dieses doch nicht einig werden würde. Neuwald von Wien sprach gegen Kommission und Proclamation, die beide nichts helfen würden. Man solle darauf hinwirken, daß eine Executivgewalt baldigst gebildet werde. Arndt von Bonn: man solle wenig sprechen, nur handeln. Was würden die Franzosen sagen, wenn die Bretagner blos bretagnisch, die Provençalen bloß provençalisch sein wollten. Böhmen sei seit Jahrhunderten ein Theil Deutschlands und könne nicht herausgerissen werden. Würde es von Deutschland aufgegeben, es wäre dem Hungertode der Bildung preisgegeben. Man müsse die Deutschen in Böhmen schützen und die hierher geschickten Männer als volle Vertreter ansehen. Die Frage des Präsidenten, ob ein Ausschuß beauftragt werden solle, die Wahlangelegenheiten in den zum deutschen Bunde gehörigen, von Deutschen und Slaven bewohnten Provinzen, wo die Wahlen verweigert werden, zu untersuchen, wurde bejaht. Die noch gestellten Zusatz-Anträge, daß der Ausschuß der National-Versammlung Maßregeln vorschlagen solle, geeignet, um dem Nationalwillen in jenen Ländern Nachdruck zu verschaffen, so wie daß der Ausschuß Maßregeln zu begutachten habe, durch welche die slavisch-deutschen Länder verhindert werden, sich von Deutschland loszureißen, wurde abgelehnt. Ein besonderer Ausschuß wurde nicht niedergesetzt, sondern der Legitimations-Ausschuß mit der Untersuchung beauftragt.

Erster Gegenstand der Tagesordnung war Limburg. Höfken und Ostendorf gaben eine Kritik des Ausschuß-Gutachtens: Limburg könne nur in dem Verhältnisse zu Deutschland stehen, wie der abgetretene Theil von Luxemburg, und könne deshalb rechtlich nur zu Deutschland, nicht zu den Niederlanden gehören, von welchen entgegenstehende Bestimmungen nicht getroffen werden könnten. Ziegert aus preußisch Minden vermißte in dem Gutachten Rücksichtsnahme auf die obwaltenden Verhältnisse in Limburg. Es seien die deutschen Farben in Limburg beschimpft, den Deutschen verschiedene Unbilden zugefügt worden. Hierüber müsse der Herzog von Limburg zur Erklärung aufgefordert werden. Die National-Versammlung sei die Hüterin deutscher Ehre und Würde. v. Lindenau vertheidigte das Ausschuß-Gutachten. Nach Schluß der Debatte wurde angenommen, daß nunmehr die beiden Abgeordneten für Limburg sofort zur Theilnahme an der deutschen National-Versammlung zugelassen und vom Central-Ausschuß dazu aufzufordern seien. Die Begutachtung über eine neue Regulirung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Herzogthums Limburg zum Königreich der Niederlande wurde dem Ausschusse für völkerrechtliche Fragen zugewiesen. Auf den Antrag von Ziegert wurde nicht eingegangen.

Bezüglich der posener Angelegenheit und des Ausschuß-Gutachtens entspann sich, nachdem verschiedene Amendements verlesen worden, eine heftige Debatte. Simon von Trier verlangte den vorläufigen Ausschluß der posener Abgeordneten, sodann, daß die Frage über Einverleibung von Posen in Deutschland dem völkerrechtlichen Ausschusse zur Begutachtung zugewiesen und von diesem zur Untersuchung Deputirte einberufen würden. Osterrath beantragte Niedersetzung eines besonderen Ausschusses. Nerreter von Fraustadt drang aufs baldigste definitive Entscheidung, ohne vorherige Verweisung an einen Ausschuß. Schleswig sei mit Freuden aufgenommen worden, als es seine Aufnahme verlangte. Wolle man der gleichen Bitte von 400,000 Deutschen in Posen nicht entsprechen? Man solle gerecht sein gegen Polen, aber nicht mit einem Unrecht gegen die Deutschen. Man könne diese nicht an das Schicksal einer Nation ketten, welche nur nach langen blutigen Kämpfen zur Freiheit kommen könne. Die Deutschen in Posen würden sich nicht gutwillig mit Polen vereinigen lassen; sie würden die Waffen zu ihrem Schutze ergreifen. Zitz: So lebhaft die Sympathieen für die deutschen Brüder seien, so könnten nicht Sympathieen staatsrechtliche Fragen lösen. Es handle sich nicht um Vertretung deutscher Brüder, sondern um diejenige deutscher Landestheile. Diese Frage sei bei Posen vorläufig zu verneinen, denn das Vorparlament habe die polnische Frage offen gelassen, und so lange diese nicht entschieden sei, können die posener Abgeordneten nicht zugelassen werden. Mittermaier gab, nachdem noch einige Redner gesprochen, Erläuterungen bezüglich des Ausschuß-Gutachtens auf Veranlassung des Präsidenten, daß nämlich von dem Ausschusse im Einklange mit §. 7. der Geschäfts-Ordnung beantragt werden wollte, daß die Abgeordneten von Posen, deren Legitimationen mit allen äußeren Zeichen der Echtheit versehen seien, vorläufig zugelassen seien. Es wurde stürmisch Schluß der Debatte verlangt; Wesendonk, Simon ꝛc. erhoben sich dagegen; Ersterer verlangte, unterstützt von wenigstens 50 Mitgliedern, namentliche Abstimmung. Eine Zeit lang war ein Sturm, der an die ersten Sitzungstage erinnerte. Der Präsident machte darauf aufmerksam, daß die posener Abgeordneten bereits von Anfang an an den Verhandlungen Theil nehmen, und knüpfte daran den Vermittelungs-Vorschlag, die Frage über die endgültige Zulässigkeit der posener Abgeordneten zur Begutachtung an den völkerrechtlichen Ausschuß zu verweisen, zur Begutachtung namentlich unter den Rücksichten, welche unter Nr. 3. des Ausschuß-Antrags hervorgehoben sind*). Der Vorschlag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Die Sitzung wurde nach 2 Uhr geschlossen, die nächste auf den 7. Juni anberaumt.

Das oben erwähnte Ausschuß-Gutachten in Betreff der in der National-Versammlung angeregten posener Frage lautet folgendermaßen:

Bericht im Namen des Central-Ausschusses über die Protestation in Bezug auf die Wahlen des Großherzogthums Posen. Erstattet von dem Abgeordneten Mittermaier.

Acht Abgeordnete des polnischen National-Comité's haben am 22. Mai eine Protestation gegen die Aufnahme der preußischen Abgeordneten aus dem Großherzogthum Posen in das deutsche Parlament dem Präsidium eingereicht. Die Protestation gründet sich darauf, daß gegen alles Recht Theile des Großherzogthums Posen dem deutschen Bunde einverleibt worden wären, daß diese Einverleibung eine neue Theilung Polens enthalten und eine Ungerechtigkeit gegen die polnische Bevölkerung sein würde. Dem Central-Ausschusse, welchem in Bezug auf die Wahl-Anfechtung (gewählt sind aus dem Großherzogthum Posen die Herren Senff, Treskow, Eckert, v. Sänger, Graf Golz, Nerreter, v. Schlotheim, Kerst, Viebig) die Protestation übersandt wurde,

*) Die Begutachtung über die Rechtmäßigkeit der Einverleibung von Posen, über die Befugniß, Wahlen zur Vertretung anzuordnen ꝛc.

kamen zugleich von den Vorständen der Abtheilungen die Wahlakten mit Protestationen gegen zwei Wahlen (der Herren Senff und Viebig) zu. Auch diese Protestationen beziehen sich auf die angebliche Verletzung der Interessen polnischer Bevölkerung im Großherzogthum Posen. Der Central-Ausschuß hatte nach den in der Geschäftsordnung §. 3. und 6. aufgestellten Prüfungs-Rücksichten die Wahlen zu prüfen. Da gegen die Legitimations-Urkunden keine Einwendungen zu machen waren, da die Wahl-Anfechtungen weder das Wahlverfahren noch die Eigenschaften der Wähler betreffen, so konnte der Central-Ausschuß die formelle Gültigkeit der Wahlen der bezeichneten Abgeordneten nicht beanstanden. Der eigentliche Anfechtungsgrund liegt nun darin, daß aus dem Großherzogthum Posen keine Abgeordneten zur National-Versammlung gewählt werden konnten, weil die Protestation die Rechtmäßigkeit der Entscheidung bestritten, die das Großherzogthum zum deutschen Bunde zählte. Der Central-Ausschuß erkannte jedoch bald, daß die hier zu entscheidende Vorfrage nicht zu seinem Wirkungskreise gezogen werden könne. Die Frage, die eine hohe staatsrechtliche Bedeutung hat, steht im Zusammenhange eben so mit dem Schutze der polnischen Nationalität, als mit dem uns noch tiefer berührenden nächsten Interesse, die Rechte der deutschen Bevölkerung im Großherzogthum Posen zu schützen, unseren deutschen Brüdern die Befugnisse der Vertretung bei der National-Versammlung zu sichern, das wahre Verhältniß der deutschen und polnischen Bevölkerung im Großherzogthum Posen herzustellen. Für die Entscheidung dieser Frage, bei der es darauf ankommt, ob mit Recht das Großherzogthum zum deutschen Bunde gerechnet und Wahlen angeordnet werden, — eine Frage, auf welche sich bereits Beschlüsse des Vorparlaments, Verhandlungen des Funfziger-Ausschusses und ein Antrag des Herrn Venedey bezogen, — konnte sich der Central-Ausschuß nicht für zuständig ansehen, da er nur nach den Rücksichten der Geschäfts-Ordnung, Wahlen zu prüfen oder den an ihn durch besondere Beschlüsse der National-Versammlung gewiesenen Fragen zu entscheiden hat. Daß jedoch die endliche Entscheidung über die posener Wahlen von der Entscheidung der staatsrechtlichen Vorfragen abhänge, konnte nicht verkannt werden. Der Ausschuß stellt daher den Antrag: 1) Die Abgeordneten der Provinz Posen zur Theilnahme an den Verhandlungen der National-Versammlung bis zur definitiven Entscheidung der Vorfrage zuzulassen; 2) die endliche Entscheidung über die Gültigkeit dieser Wahlen bis zur Entscheidung der Vorfrage aufzuschieben; 3) die Begutachtung über die in der Protestation angeregten Frage über Rechtmäßigkeit der Einverleibung des Großherzogthums Posen in den deutschen Bund, über die Befugniß, Wahlen zur Vertretung in der National-Versammlung anzuordnen, an einen der bestehenden Ausschüsse, entweder den Verfassungs-Ausschuß oder richtiger an den Ausschuß für völkerrechtliche und internationale Angelegenheiten zu verweisen.

Potsdam, den 8. Juni. Gestern am 7. d. M. fand im Mausoleum zu Charlottenburg zum Gedächtniß des Todestages Sr. hochseligen Majestät Friedrich Wilhelm III., in Gegenwart Ihrer Majestäten des Königs und der Königin, so wie Ihrer Königl. Hoheiten des Prinzen und der Prinzessin von Preußen und sämmtlicher hier anwesenden Mitglieder der Königlichen Familie, eine gottesdienstliche Feier statt.

Berlin, den 8 Juni. Das „Amtsblatt" des Königlichen Post-Departement enthält die Verordnung, betreffend die Portofreiheit der Charpie für die verwundeten Soldaten im Posenschen; desgleichen betreffend die Aufnahme unterweges zur Beförderung mit der Post sich meldender Personen: desgleichen betreffend die Portofreiheit der Geldsendungen der ausgerückten Truppen des 5. Armee-Korps an ihre Familien; desgleichen betreffend die Portofreiheit der Korrespondenz der Mitglieder der Deutschen National-Versammlung und der Versammlung zur Vereinbarung der Preußischen Staats-Verfassung.

Dortmund, den 4. Juni. (Westf. Merk.) Gestern Abend nach 11 Uhr ist Se. Königl Hoheit der Prinz von Preußen, aus Holland kommend, auf dem Bahnhofe zu Oberhausen eingetroffen und dort von der aus den benachbarten Städten und Ortschaften zahlreich versammelten Bürgerwehr mit außerordentlichem Jubel festlich empfangen worden. Nicht minder groß war der Jubel bei der Ankunft des Prinzen auf den Bahnhöfen in Essen, Herne, Bochum und hier, wo die Behörden der Stadt und eine große Anzahl Einwohner, festlich geschmückt, sich mit Musik und farbigen Laternen eingefunden haben, welche bis zur Abfahrt des Prinzen nach Hamm um zwei ein Viertel Uhr Morgens unter beständigem Vivatrufen verweilten und dann jubelnd durch die Stadt zogen.

Wesel, den 4. Juni. Heute Abend gegen 8 Uhr traf Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen, von Arnheim kommend, hier ein und wurde von der an dem Kommandanturgebäude versammelten Volksmenge aufs herzlichste mit freudigem Hurrahruf begrüßt. Bei Vorstellung der städtischen Behörden und des Offizier-Corps richtete Se. Königliche Hoheit folgende Worte an die Versammlung:

„Sagen Sie Wesel meinen Dank für den freundlichen Empfang, der mir hier zu Theil geworden. Es ist immer ein wohlthuendes Gefühl, wenn man in das Vaterland zurückkehrt, und es wird mir immer eine glückliche Erinnerung bleiben, daß Wesel die erste Stadt ist, wo ich mich habe aussprechen können. Den Herren ist bekannt, daß Vieles über mir gewaltet hat. Es ist schmerzlich, verkannt zu werden; nur mein reines Gewissen hat mich über diese Zeit hinweggeführt, und mit reinem Gewissen kehre ich in mein Vaterland zurück. Ich habe immer gehofft, der Tag der Wahrheit werde anbrechen, — und er ist angebrochen. Es hat sich seitdem Vieles in unserem Vaterlande geändert. Der König hat es gewollt; des Königs Wille ist mir heilig; ich bin sein erster Unterthan und schließe mich mit vollem Herzen den neuen Verhältnissen an; aber Recht, Ordnung und Gesetz müssen herrschen, keine Anarchie; dagegen werde ich mit meiner ganzen Kraft streben, daß ist mein Beruf. Wer mich gekannt hat, weiß, wie ich immer für das Vaterland geglüht habe. — Sie können sich denken, daß ich mit erschüttertem Herzen vor Ihnen stehe; um so wohlthuender ist mir dieser herzliche Empfang." Diese Worte kamen aus einem tiefbewegten Herzen, das sich nur dem Eindrucke des Augenblicks hingab. Das fühlten Alle, die sie hörten.

Nach diesen Worten wandte sich Se. Königliche Hoheit an den Ober-Bürgermeister der Stadt und an eine Deputation, die an der Spitze einer zahlreichen Bürgerschaar aus Ruhrort auf einem festlich geschmückten Dampfboote in der Hoffnung hier eingetroffen war, Se. Königliche Hoheit in ihrer Mitte nach ihrer Stadt führen zu können, und sprach: „Seien Sie den beiden Städten die Dolmetscher meines Dankes für den freundlichen Empfang!" mit dem Hinzufügen, daß er sehr bedaure, wegen Kürze der Zeit ihrer herzlichen Einladung nicht folgen zu können.

Hierauf empfing der Prinz eine Deputation der hiesigen Freimaurer-Loge auf die brüderlichste Weise. Den Damen, welche ihm bei seinem Eintritt in das Gouvernements-Gebäude den Weg mit Blumen bestreut hatten, machte er vor seiner Weiterreise nach Oberhausen einen freundlichen Besuch in dem Emfangs-Saale und dankte ihnen mit den Worten: „Ich danke Ihnen nochmals, meine Damen. Dies sind die ersten Blumen, die mir auf vaterländischem Boden gereicht werden, und ich hoffe, daß sie mir eine glückliche Vorbedeutung für meine Zukunft sein werden." Jetzt trat der Prinz freundlich grüßend auf den Balkon und wurde von dem auf dem Platze versammelten Volke nochmals mit einem freudigen Hurrah empfangen, welches sich bei seiner Abfahrt auf allen Straßen wiederholte.

Rendsburg, den 5. Juni. (H. C.) Die provisorische Regierung hat eine Verfügung über eine vermehrte Aushebung zum stehenden Heere erlassen.

Schleswig, den 5. Juni. (Alt. Merk.) Am 2ten hat ein Theil der hier seit dem Siege am ersten Ostertage anwesenden preußischen Krieger Schleswig verlassen, und heute ist der übrige Theil derselben gefolgt Beide sind nordwärts gezogen; sie hatten die Bestimmung, am ersten Tage Oeversee, am zweiten Bau zu erreichen, sie freuten sich der Aussicht auf einen baldigen Kampf. Gestern Mittag zog das Corps Freiwilliger, das jetzt, neu organisirt, unter der Leitung des bairischen Majors von der Tann steht, hier von Rendsburg ein und hat heute seinen Marsch nach Flensburg fortgesetzt; es ist demselben versprochen worden, daß es baldmöglichst und voran dem Feinde entgegengestellt werden solle. Schleswig-holsteinsche Truppen sind theils wieder dafür hier in der Stadt einquartirt, theils zur Besetzung Angelns beordert worden, wo die Jäger bei Holnis vielleicht zuerst einem feindlichen Angriff ausgesetzt sein werden.

— Gestern Abend um 10 Uhr reiste der Höchstkommandirende der schleswig-holsteinischen Truppen, Prinz Friedrich von Augustenburg, von einer nach dem Süden gemachten Tour wieder von Rendsburg hier durch nach Flensburg.

— Im Laufe des Tages geht hier die zuverlässige Kunde ein, daß Apenrade bereits wieder von den Dänen geräumt ist; auch nach der westlichen Seite hin sind mehrere Abtheilungen der deutschen Truppen wieder bis nach Tondern und Lygumkloster hin vorwärts gerückt.

Christiania, den 30. Mai. (Börs. H.) Heute Nacht 12½ Uhr hat der Storthing bei verschlossenen Thüren den am 27. beim Storthing eingegangenen, von dem sofort am 27. niedergesetzten Ausschuß gebilligten und am 29. Nachmittags 6 Uhr vorgelegten Antrag: „die norwegischen Linientruppen und Ruderflottille, wie Se. Majest. der König es nothwendig findet, zur Theilnahme an der Vertheidigung Dänemarks gegen den Angriff des deutschen Bundes und Preußens und zum Schutz der gegenwärtigen und zukünftigen Interessen zu verwenden und zu den dadurch nothwendig gewordenen Ausgaben außerordentlich eine Summe von 260,000 Species zu bewilligen", einstimmig angenommen.